

# Flucht auf Umwegen

**Schwarzgeld** Reiche Griechen bringen ihr Geld ins Ausland. Nun nimmt Athen die Schweiz ins Visier.



Luxusjachten im Luxushafen Pasalimani von Piräus: Nun soll es auch griechischen Steuersündern im Ausland an den Kragen gehen.

JORGOS BROUZOS

Das Geld verlässt das Land in Plastiksäcken. Im Geheimen gehortet und verpackt, wird es bevorzugt vom Athener Flughafen aus ins zypriotische Nikosia ausgeflogen. Dort bleibt es ein paar Monate auf einem Konto liegen, um dann in kleinen Beträgen auf die Bankkonten griechischer Verwandter in ganz Europa verteilt zu werden. Das berichtet ein griechischer Finanzwissenschaftler, der lieber anonym bleiben möchte. Zu heikel ist die Thematik im Staat, der sparen und die Steuereinnahmen dramatisch erhöhen muss. Ein guter Teil des Geldes gehe an die 7000-köpfige Diaspora in der Schweiz, sagt der Experte.

Kapitalflucht ist in Griechenland längst zum Nationalsport geworden. Es sind gewaltige Summen, die aus dem beinahe bankrotten Mittelmeerstaat abfliessen – seit Beginn der Krise waren es über 40 Milliarden Euro, vermutet die griechische Nationalbank. Das wäre ein Drittel der Summe des Rettungspakets, das kürzlich den Griechen zugesichert wurde.

## Umsteigen auf der Insel

Ein Problem ist dies auch für die Schweiz: Denn Griechenland versucht inzwischen verbissen, dieser Vermögen wieder habhaft zu werden. An vorderster

Front kämpft dabei ein Grieche, der etwas von Kriegsführung versteht: Evangelos Venizelos, ehemaliger Verteidigungsminister und seit einem Monat Finanzminister, hat die Schweiz im Visier. Als eine seiner ersten Amtshandlungen ordnete er eine Telefonkonferenz mit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf an, bei der es vor allem um eine mögliche Abgeltungssteuer für unversteuerte griechische Vermögen in der Schweiz ging.

Die Forderung kommt nicht von ungefähr. Bislang war es für Griechen am einfachsten, ihr Geld im befreundeten Zypern vor dem heimischen Fiskus zu verstecken. Doch die Krise im Bruderstaat setzt auch den zypriotischen Banken zu. Insider gehen davon aus, dass reiche Griechen darum nun ihr unversteuertes Geld vermehrt in die Schweiz bringen. In Hellas macht das Gerücht die Runde, dass Schweizer Banken in der Hauptstadt Athen Teams im Einsatz hätten, die gezielt verängstigte Steuersünder angingen. In der hiesigen Finanzszene will das niemand bestätigen.

Inzwischen horcht jedoch die Schweizer Politik auf. Der griechischstämmige Waadtländer Nationalrat Josef Zisyladis wollte im Parlament wissen, wie die Schweiz Griechenland bei der Bekämpfung der Steuerflucht unterstütze. Bundesrätin Widmer-Schlumpf konnte nur entgegnen, dass die Schweiz seit sechs

Jahren versuche, beim Informationsaustausch im Falle von Steuerbetrug vorwärtszumachen – sich in dieser Zeit auf griechischer Seite aber kaum etwas bewegt habe. Erst in diesem Jahr wurde das dreissig Jahre alte Doppelbesteuerungsabkommen endlich angepasst.

Griechische Medien schimpfen entsprechend, dass das Volk massive Lohnkürzungen und Steuererhöhungen hinnehmen müsse, die heimische Politik sich aber mit dem Dossier ewig Zeit lasse.

## Jagd auf Superreiche

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Griechenland und der Schweiz tritt erst nächstes Jahr in Kraft. «Entscheidend wird sein, wie das revidierte Abkommen in der Praxis bei Ersuchen wegen Steuerhinterziehung umgesetzt wird», sagt der Athener Anwalt Ilias Bissias. So sei unklar, ob die Informationsbeschaffung auch rückwirkend gelte.

Klarheit herrscht hingegen darüber, dass den hiesigen Behörden konkrete Informationen zum Bankkonto in der Schweiz vorgelegt werden müssen. «Geht man davon aus, dass in den letzten Monaten sehr viel Geld in die Schweiz transferiert wurde, werden sich leicht entsprechende Spuren finden lassen», glaubt Bissias. Dann könnte es auch den Steuersündern an den Kragen gehen.

Mittlerweile überprüfen Steuerbehörden auch die Angaben von freien Berufsgruppen wie Ärzten oder Anwälten, die in Griechenland häufig ein Einkommen um die Armutsgrenze versteuern. «Diese Mentalität muss sich ändern, Steuerhinterziehung darf kein Volkssport mehr sein», so Jens Bastian vom Thinktank Eliamep in Athen. Eine Untersuchung der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds zeigt das Ausmass der Aktivitäten: 900 000 Steuersünder schulden dem Staat insgesamt 41 Milliarden Euro. Davon entfallen 37 Milliarden Euro auf gerade einmal 5 Prozent der Steuerflüchtigen.

Mancher griechische Beobachter wünscht sich da eine Kundendaten-CD, mit der gegen prominente Steuersünder vorgegangen werden könnte. Die soll es

## Griechische Steuersünder schulden ihrem Staat inzwischen mehr als 40 Milliarden Euro.

auch geben. Gemäss der griechischen Fernsehsendung «Neue Akten» befinden sich unter den Kundendaten, die 2009 bei der Privatbank HSBC in Genf gestohlen wurden, auch griechische Namen. Aber: Selbst wenn Frankreich die Daten an Griechenland weitergeben würde, könnten die dortigen Behörden nicht aktiv werden. In Griechenland besteht laut Verfassung ein absolutes Verwertungsverbot für gestohlene personenbezogene Daten. «Die Verwertung dieser Informationen ist in Griechenland schwierig zu legalisieren», sagt Anwalt Bissias.

Trotzdem sieht der Jurist Chancen im Kampf gegen die Steuerflucht. «Es ist nun einfacher, das Bankgeheimnis in Griechenland aufzuheben als in der Schweiz.» Ein im vergangenen März erlassenes Gesetz sieht ausreichend Möglichkeiten zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung vor. Ein prominent besetzter nationaler Ausschuss wurde zudem vor kurzem damit beauftragt, gegen die Steuerhinterziehung vorzugehen. Das Finanzministerium hat zudem im Mai einen Aktionsplan präsentiert, der auf über 70 Seiten auflistet, wo der Staat Steuern eintreiben kann. Ganz besonders den Superreichen will der griechische Fiskus genauer auf die

Finger schauen. Dazu werden zukünftig auch Kontoinformationen aus dem Ausland systematisch ausgewertet.

Premierminister Papandreou liess zudem durchblicken, dass bald auch private Firmen nach Steuersündern fahnden könnten. Bislang fehlen den Ermittlungsbehörden nämlich die nötigen Kniffe, um den Steuerbetrügnern auf die Schliche zu kommen. «Ich erachte es als absolut notwendig, dass private Unternehmen diese Aufgabe mit übernehmen», so Bastian vom Thinktank Eliamep.

Eine rasche Einigung mit der Schweiz über eine Abgeltungssteuer würde die Griechen in ihrer Suche nach Steuergeldern einen grossen Schritt voranbringen. «Eine Abgeltungssteuer mit der Schweiz wäre für die griechische Regierung ein wahnsinniger Erfolg», sagt ein Beobachter. Griechenland dürfte aber erst abwarten, welche Bedingungen Deutschland und Grossbritannien bei ihrer jeweiligen Abgeltungssteuer-Lösung herauschlagen können, so der Insider weiter.

Die Grundzüge der Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland oder demjenigen mit Grossbritannien sind aber in etwa bekannt: Es wird über Steuersätze auf bisher undeklarierten Vermögen zwischen 20 bis 25 Prozent gesprochen. «Ich würde daher als griechischer Finanzminister nicht noch lange warten, sondern gleich mit den Verhandlungen beginnen», sagt Andreas Kolb, Inhaber der Zürcher Anwaltskanzlei Kolb International Tax Services.

## Poker um die Abgeltung

Auch die Schweiz könnte an einer raschen Lösung interessiert sein. Zwar sind Deutschland und Grossbritannien weit bedeutendere Handelspartner als Griechenland. Aber Bern muss derzeit um jeden Beistand auf dem internationalen Parkett froh sein, den es kriegen kann. «Die Schweiz könnte von Griechenland im Gegenzug Unterstützung einfordern, etwa bei der Anpassung der OECD-Standards bezüglich der Ausweitung der Informationspflicht», so Kolb. Vielleicht könnte Griechenland gar mehr als eine einmalige Zahlung erwarten.

«Die Formel «Geld statt Informationen» ist Geschichte, vielmehr dürften nun Geld und Informationen nach Deutschland fliessen», so Kolb. Das dürfte Finanzminister Venizelos gefallen.

## BANKEN Sektor in der Krise

**Wenig Geld** Von griechischen Banken wurden in den letzten Monaten Einlagen im Umfang von 40 Milliarden Euro abgezogen. Derweil halten die Institute griechische Staatsanleihen im Wert von rund 55 Milliarden Euro und würden demnach hart von einem Zahlungsausfall getroffen.

**Viel Stress** Den vor kurzem durchgeführten europaweiten Bankenstresstest haben zwei von sechs griechischen Instituten nicht bestanden. Die sechs getesteten Banken machen zusammen 90 Prozent des gesamten Bankensektors aus. Vom griechischen Finanzministerium wurde bemängelt, dass der Stresstest nur Daten bis April berücksichtigte. Seither hätten sich die Werte wieder verbessert.



Das Zentrum von Nikosia: Zwischenstation für griechische Vermögen.

**Schlechte Noten** Laut dem Bericht fehlen der ATE Bank rund 700 Millionen

Euro, um die geforderte Kernkapitalquote von 5 Prozent zu erreichen. Der EFG Eurobank Ergasias, die unabhängig von der Schweizer EFG International ist, fehlen nur 60 Millionen Euro. Mit der Piraeus Bank und der Hellenic Postbank haben zwei Banken die erforderliche Kernkapitalquote knapp erreicht.

**Geliebtes Zypern** Beinahe jede grössere griechische Bank verfügt über eine Tochtergesellschaft auf der Mittelmeerinsel. Die gegenseitige Abhängigkeit ist entsprechend gross. Griechische Sparer schätzen Zypern, im Gegenzug kauften zypriotische Banken griechische Staatsanleihen – laut «Economist» halten sie Papiere im Wert von 5 Milliarden Euro.